„Der Courier"
Organ der deutschsprechenden Canadier.
Erscheint jeden Mittwoch.
Herausgegeben von der
"WESTERN PRINTERS ASSOCIATION, LIMITED"
J. W. Ehmann, Geschäftsführender Direktor,
Bernhard Bott, Chefredakteur.
Geschäftslokal: 1835—1837 Halifax Straße, Regina, Sask.
Mittwochausgabe 12—32 Seiten stark.
"DER COURIER"
The Organ of the German-speaking settler of the West.
MEMBERS OF A.B.C.
Printed and published every Wednesday by THE WESTERN PRINTERS ASS'N, LTD., a joint stock company, at its office and place of business, 1835 Halifax Street, Regina, Sask., Can.
All stock owned by the readers of the paper.
J. W. EHMANN, *Managing Director.*
(Advertising Rates upon application)

Auf dem Wege zur Einigung.

Die Massenversammlung, die am letzten Mittwoch in der Deutschcanadischen Klubhalle zu Regina anläßlich der Feier zu Ehren des österreichischen Generalkonsuls stattfand, war eine imposante Kundgebung deutscher Einigkeit. Männer und Frauen, deren Wiege in verschiedenen Ländern der alten oder neuen Welt stand, verschieden dem Stande, der Vereinszugehörigkeit und der Konfession nach, strömten zusammen, sodaß der geräumige Saal die Menschenmenge gar nicht fassen konnte. Alle waren beseelt von einem Geist und von einem Willen. Alle fanden sich auf dem gemeinsamen Boden ihrer deutschen Sprach-, Bluts- und Schicksalsgemeinschaft zusammen, ähnlich wie damals, als vor einigen Jahren der deutsche Konsul Herr Dr. Max Lorenz in Regina festlich empfangen wurde. Seitdem hat der Gedanke einer engeren Fühlungnahme unter allen deutschsprechenden Kreisen immer tiefere Wurzeln geschlagen, sodaß schließlich am 26. September d.J. ein Deutschcanadisches Zentralkomitee in Regina hervorsprießen konnte. Dieses hat beim Empfang des österreichischen Generalkonsuls seine erste Probe erfolgreich bestanden und wird — so hoffen wir — uns auch weiterhin als dauernde Einrichtung erhalten bleiben.

Das Deutschcanadische Zentralkomitee soll kein neuer Verein sein und keinen der bereits bestehenden Vereine verdrängen oder benachteiligen. Jede Einmischung in die inneren Angelegenheiten der beteiligten Gemeinden und Vereine wird strikte abgelehnt; diese behalten ihre Bewegungsfreiheit wie bisher. Keiner braucht deswegen auch nur einen J-Punkt von seiner religiösen oder politischen Ueberzeugung aufzugeben. Durch die Teilnahme der Kirchengemeinden wird im Gegenteil sogar die hohe Bedeutung des kirchlichen Lebens im canadischen Westen noch besonders betont und unterstrichen. Zweck des Zentralkomitees ist lediglich das Zusammengehen der deutschsprechenden Gemeinden und weltlichen Vereine zur Wahrnehmung ihrer gemeinsamen Angelegenheiten und zur Abhaltung gemeinsamer Kundgebungen wie Deutscher Tage, Konsulempfänge, großer deutscher Konzerte usw. Solche Veranstaltungen können sich auf die Zahl von zwei oder drei im Jahre beschränken, sodaß den Gemeinden und Vereinen noch weitgehender unbeschränkter Spielraum auf ihren eigenen Tätigkeitsgebieten verbleibt.

Wenn in diesem Geiste aufrichtigen gegenseitigen Wohlwollens und freundlicher Nachbarschaft in allen Teilen des canadischen Westens gestrebt und gewirkt wird, sollte es nicht schwer sein, das zahlenmäßig so starke deutschstämmige Element des Westens zu einer deutschcanadischen Einheitsfront zusammenzufassen. Diese Einheitsfront darf aber nicht zu einer Kampffront gegen canadische Bürger anderer Abstammung werden, sondern soll vielmehr den Gemeinschaftsgeist auch im Rahmen unseres großen canadischen Landes pflegen und fördern. Die einzige Forderung, die wir erheben und immer wieder kräftig unterstreichen müssen, ist, daß man uns nicht als minderwertigere oder niedriger stehende Untertanen, sondern als kulturell und politisch gleichwertige und gleichberechtigte Bürger einschätzt und achtet. Wenn das Zentralkomitee auch in dieser Richtung eine günstige Rückwirkung auf das öffentliche Leben unseres Landes ausübt, wird es der friedlichen innern Entwicklung in Canada einen unschätzbar großen Dienst erweisen.

Jeder, der mit ehrlichem Willen und mit Uneigennützigkeit zur Einigung aller Deutschstämmigen beitragen möchte, ist zur Mitarbeit an dieser bedeutsamen Aufgabe herzlichst willkommen.

Mehr Deutsch in den englischen Schulen!

Die Vernachlässigung der deutschen Sprache in den Schulen Englands und die Notwendigkeit eines besseren deutschen Unterrichts wird in einem Bericht betont, den das Britische Arbeitsamt soeben erscheinen läßt. Bei Besprechung des Unterrichts in fremden Sprachen heißt es hier: „Die auffälligste Tatsache ist die Allgemeinheit des Französischen und die Seltenheit des Deutschen, nicht nur mit dem Französischen, sondern mit dem Lateinischen verglichen. Nach den Schulzeugnissen vom Jahre 1928 erhielten 54,273 Schüler im Französischen, 3837 im Deutschen und 719 im Spanischen Unterricht. Vor dem Kriege war Deutschland eins der wichtigsten Handelsländer der Welt. Aber auch nachher waren die Fabriken und Bergwerke mit den modernsten Einrichtungen versehen, so daß das Land seine verlorenen Märkte rasch wiedererobern konnte. So erfolgreich sind diese Anstrengungen gewesen, daß Deutschland bereits wieder eins der führenden Handelsländer der Welt ist."

Diese Erscheinung wurde schon in dem Bericht der Kommission über den Unterricht in modernen Sprachen im April 1918 vorausgesehen, in dem es heißt: „Nach dem Kriege muß der Unterricht im Deutschen mit der Bedeutung Deutschlands in Einklang gebracht werden. Wenn Deutschland weiter das unternehmungslustige, fleißige, hoch organisierte Land bleibt, so dürfen wir es auch nur einen Augenblick nicht vernachlässigen und nicht beachten. Die Kenntnis des Deutschen durch Gelehrte wird nicht genügen; sie muß im ganzen Volke weit verbreitet werden. Dies ist aber in dem Jahrzehnt nach dem Kriege nicht geschehen. Viel zu viel Französisch wird in unseren Schulen gelehrt. Deutsch und daneben Spanisch sind überaus wichtige Sprachen, aber man verwendet auf sie noch nicht ein Zehntel der Zeit wie auf das Französische. Eine Schwierigkeit besteht darin, daß es nicht genug Lehrer des Deutschen im Lande gibt."

Aehnliche Forderungen stellen die englischen Handelskammern auf, indem sie betonen, daß häufige Nachfrage nach Personen ist, die Deutsch und Spanisch können, ohne daß die entsprechenden Angebote vorhanden sind. Es werden, heben sie hervor, in Deutschland viele große wissenschaftliche Entdeckungen gemacht, die in England nicht die erwünschte Verbreitung finden, weil die meisten nicht imstande sind, deutsche Bücher zu lesen.

* * *

Wenn man mit dieser weitblickenden Einstellung englischer Kreise die spießbürgerliche und fanatisch-kleinliche Haltung canadischer Kreise vergleicht, so muß man unwillkürlich einen gewaltigen Unterschied feststellen. Noch unbegreiflicher aber ist es, wie deutsche Väter und Mütter hierzulande der Frage des deutschen Unterrichts manchmal so gleichgültig und mitunter direkt ablehnend gegenüberstehen können. Hier fehlt es am elementarsten Verständnis für **die Weltbedeutung** und für **den hochwichtigen praktischen Wert der deutschen Sprache.** Gewiß sollen unsere Kinder auch die englische Sprache in Wort und Schrift vollkommen beherrschen. Doch darauf achtet schon das canadische Schulsystem, sodaß wir dieser Sorge enthoben sind. Unsere Aufgabe jedoch ist es, dafür einzutreten und mit allen erlaubten Mitteln dahin zu wirken, **daß jedes unserer Kinder neben der englischen auch die deutsche Sprache gut erlernt,** damit es später als canadischer Bürger noch tüchtiger und leistungsfähiger dasteht als jene vielen, die nur die eine englische Sprache können.

Der deutsche Osten als Kulturmacht.

Die Tausendjahrfeier des Deutschen Ostens, die dieser Tage in Potsdam begangen wurde, bildet den Auftakt zu anderen Gedenkfesten, die dem deutschen Volke die große Bedeutung des Ostens für seine Kultur in die Erinnerung rufen sollen. Wenn auch der Westen die Wiege der deutschen Geschichte war, so ist doch die eigentliche Ausgestaltung deutscher Wesensart erst in dem Ringen mit den Slawen in den Ostmarken erfolgt, und dieses Kolonialland hat dann dem Mutterboden in reichem Maße an Kulturgütern zurückgegeben, was es ihm verdankte.

Die Besiedlung des deutschen Ostens ließ in dem Raum östlich der Elbe und der Saale seit 1200 allmählich eine völkische Einheit erwachsen, aus der seit 1500 etwa ein deutsches Gesellschaftsleben und ein deutsches Schrifttum erblühten. Freilich ging diese Verdeutschung nur langsam vor sich, hatte auch im 17. Jahrhundert noch nicht die Tiefen des Volkstums durchdrungen und ist erst seit 1740 im Zusammenschluß mit dem preußischen Staate ganz durchgeführt worden. Aber schon früher brachte der deutsche Osten wichtige und entscheidende Züge zu der Durchbildung des deutschen Geistes; hier fand die deutsche Mystik eine eigentümliche Fortsetzung in den Schlesiern Jakob Böhme und Angelus Silesius; hier entwickelte sich der Pietismus und der so einflußreiche Glaube der Herrenhuter, der durch Zinzendorf geschaffen wurde. Ein Höhepunkt dieser Entwicklung war erreicht, als zu Anfang des 18. Jahrhunderts die Universität Halle zum geistigen Mittelpunkt Deutschlands wurde. Von Ostpreußen ging dann eine neue Geistesblüte aus, die an die schlesischen Schöpfungen des 17. Jahrhunderts anknüpft, durch Kant, Hamann und Herder begründet, und des weiteren kam vom Osten her die Romantik über Deutschland, jene gewaltige urdeutsche Geistesbewegung, die sich die ganze Kulturwelt unterwerfen sollte.

In der Romantik tritt die ostdeutsche Kulturmacht, wie erst neuerdings Josef Nadler in seiner „Literaturgeschichte der deutschen Stämme und Landschaften" ausgeführt hat, der süddeutschen Leistung, die von Rom und der klassischen Antike stark beeinflußt ist, ebenbürtig an die Seite. Nunmehr erst verwachsen die römisch-germanischen mit den deutsch-slawischen Elementen zu einer urdeutschen Einheit, und der ostdeutsche Siedelraum verschmilzt durch diese Tat mit dem Mutterlande.

Weltumschau

Vorläufiger Nachfolger Stresemanns. Reichswirtschaftsminister Dr. Julius Curtius ist von Präsident von Hindenburg vorläufig zum Außenminister als Nachfolger des verstorbenen Dr. Gustav Stresemann ernannt worden. Der neue Leiter des Auswärtigen gehört der Deutschen Volkspartei an, deren Führer Stresemann gewesen ist. Die Parteivertretung im Koalitionskabinett bleibt damit unverändert. Dr. Curtius wird den Posten des Wirtschaftsministers weiter verwalten, bis die als Zwischenlösung erfolgte Ernennung zum Außenminister entweder zu einer dauernden gemacht ist oder eine anderweitige Besetzung beschlossen wird. Curtius war ein intimer Freund Stresemanns und wird auf seinem neuen Posten die von seinem Vorgänger befolgte Richtlinie in der Außenpolitik weiter verfolgen.

Im allgemeinen politischen Leben des Reiches hat Curtius in den letzten Jahren eine hervorragende Stellung eingenommen. Im Januar 1927 versuchte er nach dem Sturz des Kanzlers Wilhelm Marx vergebens, eine Neubildung des Kabinetts zustande zu bringen. Er war Mitglied der deutschen Delegation zur Haager Youngplankonferenz im August, auf welcher die Vereinbarungen der Reparationssachverständigen gebilligt und die politischen Auswirkungen nach längeren Verhandlungen festgesetzt wurden. Die Ernennung Dr. Curtius' wird dahin ausgelegt, daß die Regierung fest entschlossen ist, die Ratifizierung des Youngplanes im Reichstag durchzusetzen.

Eine Woge treuen Gedenkens an den Toten geht durch Deutschland. Dazu kommt die riesige Volkstümlichkeit des 82jährigen Reichspräsidenten von Hindenburg, der durch die Macht seiner Persönlichkeit der Ernennung von Dr. Curtius zum zeitweiligen Außenminister Nachdruck gegeben hat. Hindenburg selbst nimmt regen Anteil an der durch Stresemanns Ableben verursachten innerpolitischen Krise.

Um das Volksbegehren. Der Kampf um das Volksbegehren gegen die Kriegsschuldlüge und gegen die Ratifizierung des Young-Plans in Deutschland ist nunmehr ernstlich entbrannt. Nachdem Dr. Hugenberg und Herr Seldte, der Führer des Stahlhelms, der Regierung formell den Text des Volksbegehrens unterbreitet, nachdem Artikel 4 des letzteren auf das Verlangen namhafter Politiker des eigenen Lagers so umgeformt worden, daß der Reichspräsident ausdrücklich vom einem etwaigen Vorgehen wegen Hochverrats ausgeschlossen ist, hat das Kabinett offiziell die Abhaltung dieses Volksbegehrens angeordnet. Und zwar findet die Registrierung der Stimmen zwischen dem 16. und 29. Oktober statt.

Nach Artikel 73 der Weimarer Verfassung müssen 10 Prozent der deutschen Stimmgeber sich bei dieser Registrierung für das Volksbegehren erklären, um die Regierung zu zwingen, in der Angelegenheit einen Volksentscheid herbeizuführen. Bei der letzten Reichstagswahl sind 29,886,702 Stimmen abgegeben worden. Es haben sich somit über 2,900,000 Wähler für das Volksbegehren auszusprechen, sonst fällt die ganze Bewegung in sich zusammen, wie seiner Zeit das von den Kommunisten eingeleitete Volksbegehren gegen den Bau des Panzerkreuzers A.

Sollte wider Erwarten das Volksbegehren tatsächlich die erforderlichen Stimmen auf sich vereinigen, und damit einen Volksentscheid notwendig machen, so wären immerhin beinahe 15 Millionen Stimmen erforderlich um diesem Rechtskraft zu verleihen. Mit einem solchen Resultat wird aber nicht einmal im Lager der Deutschnationalen und des Stahlhelms gerechnet.

Die Regierung hat sich heute veranlaßt gesehen, ihre Haltung in der Angelegenheit genau zu präzisieren. Ein Pamphlet mit genauen Instruktionen über die Abhaltung des Volksbegehrens ist von ihr veröffentlicht worden. Zugleich wird erklärt, obwohl man der Registrierung der Stimmgeber für dieses Volksbegehren jeden von der Verfassung gewährleisteten Schutz angedeihen lassen werde, müsse doch die Regierung erklären, sie sei entschieden gegen die Prinzipien, welche der Bewegung zu Grunde liegen und werde diese mit allen gesetzlichen Mitteln bekämpfen.

Hinzugefügt wird: „Die deutsche Regierung, wie die überwiegende Mehrheit der deutschen Nation, sind sich bewußt, daß eine Besserung in Deutschlands internationaler Lage durch ein deutsches Gesetz nicht erzwungen werden kann, vielmehr nur Schritt für Schritt durch andauernde Versuche und Unterhandlungen mit den anderen Mächten herbeigeführt werden kann."

Inzwischen blasen die Nationalsozialisten eines Hitler zum Sturm. Auf einem Parteitag in Köln haben sich die Herrschaften zu einer direkten Kampfansage an die Republik und den Young-Plan gefallen und rundheraus erklärt, die Stunde des Angriffs habe nachgerade geschlagen. Allzuerst werden diese Nationalsozialisten natürlich nicht genommen, ist man doch in Regierungskreisen fest davon überzeugt, daß trotz aller Wühlereien die ganze Bewegung gegen die Ratifizierung des Young-Plans im Sande verlaufen wird.

Lösung der Saarfrage? Im Laufe dieses Monats wird ein weiteres Nachkriegsproblem, die Saarfrage, von französischen und deutschen Vertretern zur Behandlung aufgenommen werden. Gemäß dem Versailler Vertrage bleibt das Saarbecken, eines der reichsten Kohlenfelder Europas, unter Kontrolle des Völkerbundes bis zum Jahre 1935. Dann sollen die Saarländer durch Volksabstimmung über ihre Zukunft entscheiden. Infolge der Youngplan-Vereinbarungen jedoch und angesichts der allmählichen Räumung des Rheinlandes ist von deutscher Seite eine Bewegung eingeleitet, die auf baldige Wiedervereinigung des Saargebietes mit dem Reich abzielt.

Französische amtliche Kreise haben noch keine klare Meinung geäußert; die allgemeine Stimmung aber scheint überwiegend den Standpunkt zu vertreten, daß die Bestimmungen des Versailler Vertrages buchstäblich zu befolgen seien. Die meisten Franzosen haben die Idee, daß das Plebiszit im Jahre 1935 eine Angliederung des Saarlandes an Frankreich bringen könnte, bereits aufgegeben; sie sind aber für Beibehaltung des gegenwärtigen Status, der den Franzosen Besitz der Kohlengruben gibt, dazu eine Zollunion mit dem Saargebiet und als weitere Folge ein starkes Handelsübergewicht.

Nach deutscher Auffassung ist die einzige mögliche Lösung, daß Deutschland als Entgelt für unverzügliche Zurückgabe des Saarbeckens eine dem Wert der Kohlenbergwerke entsprechende Summe in Gold an Frankreich zahlt, wie im Versailler Vertrage vorgesehen. Derzeit betreibt die französische Regierung die Saarzechen als eine besondere Reparation für die in Nordfrankreich während des Krieges zerstörten Bergwerke.

Dagegen sagen die Franzosen, Gold würde nicht genügen für die Vorteile, die Frankreich aus dem gegenwärtigen Status für weitere fünf Jahre zu erwarten habe, zumal das Saarbecken einen großen Teil der Kohlenbedürfnisse Frankreichs liefert. Ferner werde durch die bestehende Zollunion eine französische Wareneinfuhr in das Saarland im Jahreswert von 32,000,000 Mark ermöglicht.

Die französische öffentliche Meinung geht dahin, daß nur ein Fortbestand der Zollunion auf mehrere Jahre und andere beträchtliche Zugeständnisse als Entgelt für eine baldige Räumung in Betracht kommen könnten. Selbst dann gilt es als zweifelhaft, ob das französische Parlament eine Abmachung für die Saar-Räumung vor dem Plebiszitjahr 1935 genehmigen würde.

Eine Kommission von technischen Sachverständigen der Regierung ist jetzt am Werk, um die französischen Richtlinien für die Verhandlungen mit den Deutschen vorzubereiten. Zu erwarten ist, daß eine beiderseitige Konferenz spät im Oktober in Paris abgehalten werden wird.

Rückgabe von Deutsch-Ost? Mehrere deutsche Zeitungen brachten Berichte, daß die britische Regierung plane, den südlichen Teil des früheren Deutsch-Ostafrika an Deutschland zurückzugeben. In amtlichen Kreisen wurde gesagt, daß man nichts wisse, um das Gerücht bestätigen zu können. (Deutsch-Ostafrika, das jetzt als Tanganyika-Territorium bekannt ist, wird von Großbritannien unter einem Völkerbundmandat verwaltet. Es wird im Süden von Mozambique oder Portugiesisch-Ostafrika begrenzt. Neben Ostafrika verlor Deutschland durch den Versailler Vertrag noch Südwestafrika, Kamerun und Togoland in Afrika.)

Um die neue Weltbank Das in Baden-Baden tagende Komitee zur Organisation der Bank für den internationalen Zahlungsausgleich, die unter den Bestimmungen des Young-Planes ins Leben zu rufen ist, macht allem Anschein nach bemerkenswerte Fortschritte. Die Delegaten fanden reichlich Gelegenheit, den Mangel eines einheitlichen internationalen Korporationsgesetzes zu beklagen, aufgrund dessen die Kapitalisierung der Weltbank durchgeführt werden könnte.

In der Frage der Garantien hat sich die Konferenz gegen eine gemeinsame Haftbarkeit entschieden und das Prinzip getrennter Haftpflicht angenommen. Sollte unter diesem Plane zum Beispiel die Frage aufkommen, daß Norwegen einen Teil des Bankkapitals übernehmen will, so müßte sie vom Direktorenrat gemeinsam entschieden werden. Gleichzeitig aber müßte jedes der sieben beteiligten Länder ein Siebentel des auf Norwegen fallenden Teiles übernehmen.

Einigkeit herrscht unter den Delegaten in der Frage der Depositen. Es wurde bestimmt, daß die Bank nach Möglichkeit die Konkurrenz mit Privatbanken in der Bewerbung um Einzahlungen vermeiden soll. Hingegen ist der Young-Plan als Quelle der Depositen so gut wie angenommen worden.

Der zukünftige Sitz der Weltbank ist noch unentschieden, und formelle Anträge hierüber sind noch von keinem Lande eingelaufen, obgleich es als sicher gilt, daß England und Belgien den Sitz der Bank in ihren Hauptstädten gern sehen würden. Unter den Delegaten scheint die Stimmung vorzuherrschen, den Sitz der Weltbank in ein neutrales europäisches Land zu verlegen, und wie es heißt, werden die Schweiz, Holland und Schweden in Betracht gezogen. Ein Gerücht machte die Runde, daß sich Schweden um den Sitz bewerbe, als der Direktor der schwedischen Staatsbank, Iwan Ruth, hier anlangte. Er stellte das Gerücht jedoch in Abrede.

Soweit hier festgestellt werden kann, dürften die kleineren europäischen Nationen für die Frage besonderes Interesse zeigen, da die Weltbank allgemein als eine Art Friedensversicherung und als Garantie für die Stabilität ihrer Valuta angesehen wird. Gleichzeitig jedoch fordern sie, Garantien von der Bank, daß sie die Wirtschaftsverhältnisse des jeweiligen Landes, wo der Sitz errichtet würde, nicht ausschlaggebend beeinflußt. Besonderen Einfluß auf die Bestimmung des Banksitzes dürfte auch die Frage der Steuerfreiheit gewinnen.

Dem Verlauten nach steht die deutsche Delegation der Wahl Berlins, die im Falle der Uneinigkeit möglich erscheint, ablehnend gegenüber. Obgleich die deutschen Banken die weitestgehenden Befugnisse zugestehen, glauben sie, daß die öffentliche Meinung Deutschlands in der Weltbank, falls sie nach Berlin verlegt würde, eine Maßnahme ausländischer Kontrolle sehen würde, die Deutschlands Wirtschaftsangelegenheiten zu überwachen strebe.

Wieder „Flottenabrüstung". Großbritanniens Einladungen an die vier anderen Hauptflottenmächte zur Teilnahme an einer Fünf-Mächte-Konferenz zur Flottenabrüstung sind nach Washington, Tokio, Paris und Rom abgegangen. In den Einladungen werden die Mächte ersucht, im Januar Vertreter nach London zu entsenden. Es wird darin die Hoffnung ausgedrückt, daß die Konferenz zu einem großen internationalen Einvernehmen führen wird. Gleichzeitig wird die Lage, wie sie sich aus den Besprechungen zwischen Premier Macdonald und Präsident Hoover ergeben hat, erklärt. Die Einladungen tragen die Unterschrift von Außensekretär Arthur Henderson.

Die Einladung erklärt, daß ein anglo-amerikanisches Abkommen in keiner Weise eine Allianz zwischen den angelsächsischen Ländern bedeuten würde, sondern vielmehr einen gemeinsamen Versuch darstelle, die Differenzen zu beseitigen, die dem Fortschritt allgemeiner Abrüstung im Wege gestanden haben.

Einladung an Japan. Das japanische Außenamt hat den Wortlaut der ihr von London zugegangenen Einladung zur Teilnahme an einer Fünfmächte-Marinekonferenz veröffentlicht. Die britische Note, die ungefähr 1000 Worte umfaßt, gibt zunächst einen Ueberblick der anglo-amerikanischen Besprechungen und erklärt dann, daß sich die beiden Mächte einigten: 1. daß der Kellogg-Pakt der Ausgangspunkt eines Abkommens sein soll; 2. daß eine Parität aller Schiffskategorien der amerikanischen und der britischen Kriegsflotte bis Ende 1936 erreicht werden soll; 3. daß es wünschenswert wäre, das im Washingtoner Flottenabkommen vom Jahre 1922 enthaltene Programm für den Ersatzbau von Großkampfschiffen in Wiedererwägung zu ziehen, um die dort vorgesehene Ersatzkonstruktion zu verringern; 4. daß die gänzliche Abschaffung von Unterseebooten als Kriegswaffe Gegenstand einer Konferenz mit den anderen Seemächten sein soll.

Lloyd Georges Meinung David Lloyd George, der frühere Ministerpräsident und hervorragende Führer der Liberalen, hielt auf der in Nottingham (England) stattfindenden Jahreskonferenz der liberalen Partei zwei Ansprachen, in denen er erklärte, daß die Partei für eine baldige Neuwahl bereit sein müsse. Er wies darauf hin, daß der Arbeiterpartei die absolute Mehrheit im Parlament fehle, um sich unabhängig dem ausgedehnten Gebiete der inneren und äußeren Politik widmen zu können. Lloyd George glaubt weiter, daß die Arbeiterpartei, in der Annahme, daß sie das ganze Land hinter sich habe, sich zur geeigneten Zeit selbst in Schwierigkeit bringen werde.

In einer Massenversamlung gab der berühmte Redner von Wales zu, daß die Arbeiterregierung unter Premier Macdonald im Vergleich zu ihren Vorgängern prächtig sei. Er äußerte unbeschränkte Bewunderung für die Haltung des Schatzkanzlers Snowden gegenüber Frankreich auf der Haager Reparationskonferenz und für Macdonalds Bemühungen, gute Beziehungen zu den Vereinigten Staaten herzustellen.

Mit Bezug auf die geplante Abrüstungskonferenz verwies Lloyd George auf die Wichtigkeit der Ausrüstung im modernen Kriege. Er erklärte, daß die französischen Rüstungen heute fast so groß wie die des früheren Deutschlands seien, während auch Italien enorme Rüstungen besitze.

„Und dennoch nennen sie das Abrüstung bis zu dem mit Sicherheit vereinbarenden Minimum. Es ist eine Farce und eine Ehrlosigkeit, dazu bildet es gleichzeitig eine Gefahr", fuhr Lloyd George fort und fragte, ob eine Nation wichtige Fragen einem Schiedsgericht übertragen würde, wenn sie Millionen von Soldaten und 50,000 Kanonen besitze, die sie gegen ein Land anwenden könne, das 100,000 Mann und keine Kanonen habe. Er forderte den Premier und Außensekretär auf, diese Frage nicht Viscount Cecil of Chellwood allein zu überlassen, sondern hinzugehen und ihm in seinem schweren Kampfe für Aenderung dieser Situation zu unterstützen.

Keine Dominionrechte für Indien. Die Meinungsverschiedenheiten der Verfassungskommission für Indien über das Maß der Zugeständnisse, die England den indischen Nationalisten machen soll, sind nach Angabe der „Times" zum größten Teil durch eine eigenartige Lösung überbrückt worden. Die Kommission wird nämlich in ihrem Bericht, der im Februar nächsten Jahres veröffentlicht werden soll, die Gewährung von Dominiumsrechten an Indien ablehnen. England behält sich das Recht vor, die Landesverteidigung Indiens, die Beziehungen zu auswärtigen Mächten, einschließlich der Handelspolitik, sowie die Beziehungen der indischen Zentralregierung zu den indischen Fürstentümern ohne Mitbestimmungsrecht des indischen Parlaments zu regeln. Die indische Zentralregierung — das heißt, der Vizekönig und die höheren englischen Beamten — behält die uneingeschränkte Befugnis, zur Sicherung der öffentlichen Ordnung alle notwendigen Maßnahmen auf dem Verordnungsweg zu erlassen. Jede wesentliche Ausdehnung des beschränkten Wahlrechtes für die gesetzgebende Versammlung und für die Provinzparlamente soll als unzweckmäßig erachtet werden.

Die „Times" schreibt, die Kommission dürfte sich nur auf das negative Ziel einigen, festzustellen, daß eine Mündigkeitserklärung für Indien im Rahmen des britischen Reiches als Dominium nicht in Frage komme und daß sie nicht gesonnen wären, einen Vorschlag, der die Unabhängigkeit Indiens anstreben würde, in Erwägung zu ziehen. Die englischen Zugeständnisse werden sich daher nur auf einige kleine Verwaltungsmaßnahmen beschränken.

Die Zeitung erinnert daran, daß die Swarajdististen (Indier, die die Selbstverwaltung ihres Landes anstreben) mit den schärfsten Kampfmaßnahmen gedroht haben, falls Indien bis zum Ende dieses Jahres nicht Dominium wird.

Regierungssturz in Afghanistan. Kabul, die Hauptstadt von Afghanistan und der Sitz der Regierung des Banditenkönigs Batscha Sakao, ist in die Hände der Truppen Nadir Khans gefallen. Shah Wali, der Bruder Nadir Khans, ist mit seinen Truppen in die Stadt eingerückt und hat die Kontrolle in seinen Händen.

Es wurde der Presse mitgeteilt, daß das Kabinett Sakaos am Sonnabend zurückgetreten ist, und daß kurze Zeit nach dem Rücktritt eine Revolution ausbrach, die den Banditenkönig stürzte. Damit ist das Ende der Regierung des Mannes gekommen, der vor nicht allzulanger Zeit den König Amanullah gestürzt hatte.

Der König Amanullah, der durch die Modernisierung Afghanistans viel böses Blut erregt hatte, mußte in die Verbannung gehen. Nachdem nun der Banditenkönig gestürzt ist, wird es Amanullah möglich sein, in sein Land zurückkehren zu können, können.

In den Depeschen der United Preß aus Kalkutta heißt es, Nadir Khan habe mit verstärkter Unterstützung der Eingeborenen Kabul von jeder Nahrungsmittelzufuhr abzuschneiden vermocht, so daß sich in der Stadt ein beinahe völliger Nahrungsmittelmangel einstellte. Tausende seien am Hungertode gestorben, und Batscha Sakao habe sich gezwungen gesehen, Lodergeld herzustellen und seine Leute mit Schlachtbeilen anstatt mit Feuerwaffen auszustatten.

Die Meldungen besagen weiter, daß bereits viel über die mögliche Rückkehr des früheren rechtmäßigen Königs Amanullah gesprochen wird, der von dem Banditen Sakao entthront worden war und seit letztem Frühjahr in Italien geleht hat.

Die Lateinschrift in der Türkei

Drei mohammedanische Geistliche und eine alte Frau sind in Adapasar (Türkei) verhaftet worden, weil sie das von Präsident Mustapha Kemal Pascha erlassene Verbot, Kindern das arabische Alphabet zu lernen, mißachteten. Die Frau unterrichtete angeblich 60 Schüler im Keller ihres Hauses, während die Geistlichen beim Unterricht theologischer Studenten in der Moschee Mohameds des Eroberers in Stambul den in arabischer Sprache gedruckten Koran gebrauchten.

Bemerkenswert ist, daß noch keine Ausgabe des Korans in dem neuen türkischen Alphabet erschienen ist. Uebrigens macht die Einführung der lateinischen Buchstaben in die türkische Sprache trotz aller Anstrengungen der Regierung nicht den von ihr gewünschten Fortschritt.

Kürzlich hat Jakub Kadri-Bei, ein Freund des Präsidenten, einen Artikel hierüber in einer türkischen Zeitung veröffentlicht, in dem er darlegt, „wenn die Regierung nicht sofort radikale Schritte unternehmen sollte, werde die Reform des Alphabets vergeblich gewesen sein und die Intelligenz der Nation in einen Abgrund versinken, tiefer als die Tiefen, zu denen sie selbst in den schwärzesten Tagen ihrer Geschichte gelangte."

Kadri-Bei, der Mitglied des Parlaments ist, schreibt, daß sich der türkische Journalismus in einer großen Notlage befinde, seitdem der Antiqua-Druck obligatorisch geworden sei. Die zehn Zeitschriften, die in Konstantinopel erscheinen, haben neun Zehntel ihrer Leserschaft verloren und die meisten haben ihr Erscheinen bereits eingestellt. Die übriggebliebenen erscheinen in kläglichen Auflagen von 500 bis höchstens 2000 Exemplaren.

Den Tageszeitungen ist es nach den Angaben Kadri-Beis nicht ganz so schlecht ergangen, aber auch sie haben etwa die Hälfte ihrer Leser verloren. Infolgedessen mußten die Honorare, die Gehälter und die Redaktionsstäbe bedeutend vermindert werden. Auch die Bücher, die in lateinischer Schrift gedruckt sind, finden nur wenige Leser. Kadri-Bei fordert die Regierung auf, den Verlegern während der Uebergangsperiode finanziell beizustehen. Er verlangt auch von der Regierung, daß sie für die neuerscheinenden Bücher Reklame mache, damit sie nicht unverkauft bei den Buchhändlern liegen bleiben.

— Der Gouverneur von Florida hat sämtliche Arten von Glücksspielen verboten. Das kommt für alle Fälle zu spät, die bereits verheiratet sind. (San Diego Union.)